

Stand: 06.07.2025 05:39:04

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/1584

"Die Landesmittel für Digitale Bildung müssen neben den Bundesmitteln aus dem DigitalPakt Schule in voller Höhe fließen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/1584 vom 09.04.2019
2. Beschluss des Plenums 18/1628 vom 10.04.2019
3. Plenarprotokoll Nr. 15 vom 10.04.2019



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Doris Rauscher, Inge Aures, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Ruth Müller** und **Fraktion (SPD)**

Die Landesmittel für Digitale Bildung müssen neben den Bundesmitteln aus dem DigitalPakt Schule in voller Höhe fließen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sicherzustellen, dass neben den Bundesmitteln aus dem DigitalPakt Schule für Bayern von 778 Mio. Euro in den Jahren 2019 bis 2024 auch die im Haushaltsentwurf 2019/2020 ausgewiesenen Landesmittel für Digitale Bildung von 212,5 Mio. Euro in den Jahren 2018 bis 2020 in voller Höhe fließen.

Von besonderem Interesse sind dabei die folgenden Klarstellungen:

1. Die Ankündigung von Bezirksregierungen, dass es wegen des Digitalpakts des Bundes keine zweite und dritte Runde für die Jahre 2019 und 2020 aus den Förderprogrammen des Freistaats geben wird (obwohl die Laufzeit im aktuellen Haushaltsentwurf für 2018 bis 2020 ausgewiesen ist), muss zurückgenommen werden.
2. Es dürfen keine Maßnahmen oder Fördertatbestände aus dem landeseigenen Förderprogrammen gestrichen werden und die noch nicht ausgeschöpften/gebundenen Mittel müssen ihrer Zweckbestimmung in voller Höhe zugeführt werden.
3. Es muss sichergestellt werden, dass die Kommunen ihre Planungen und Maßnahmen auch im Jahr 2019 ohne Unterbrechung fortsetzen können. Das Handeln der Kommunen darf angesichts der von der Staatsregierung zu verantwortenden völlig unklaren Situation nicht als förderschädlich eingestuft werden.

Begründung:

Das politische Ziel ist: Bayerische Mittel in voller Höhe plus Bundesmittel on Top! Die Landesmittel zu kürzen und durch Bundesmittel zu ersetzen, wäre skandalös.

Der Bundesrat hat der Grundgesetzänderung am 15.03.2019 zugestimmt, diese muss noch in Kraft treten, die Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern muss noch unterschrieben werden, die Bundesmittel stehen also in wenigen Wochen bereit.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Horst Arnold, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Doris Rauscher, Inge Aures, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Ruth Müller** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 18/1584

Die Landesmittel für Digitale Bildung müssen neben den Bundesmitteln aus dem DigitalPakt Schule in voller Höhe fließen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Horst Arnold

Abg. Maximilian Deisenhofer

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Prof. Dr. Gerhard Waschler

Abg. Gerd Mannes

Abg. Matthias Fischbach

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann u. a. und Fraktion (SPD)

Die Landesmittel für Digitale Bildung müssen neben den Bundesmitteln aus dem DigitalPakt Schule in voller Höhe fließen (Drs. 18/1584)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kein Stopp der Förderung - Digitalisierung der Schulen durch IT-Systembetreuer und verstetigte Finanzierung voranbringen (Drs. 18/1586)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gabi Schmidt u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Digitale Bildung an Bayerns Schulen nachhaltig fördern (Drs. 18/1598)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion, Herr Kollege Horst Arnold. Bitte sehr.

Horst Arnold (SPD): Herr Präsident, liebe Kollegen und Kolleginnen! Da wird eine Digitalisierungsoffensive gestartet, Digitalbudget für das digitale Klassenzimmer. Herr Söder hier in diesem Haus im November: Wir wollen 50.000 digitale Klassenzimmer ausrüsten. Das geht weit über das hinaus, was vom Bund als Zuschuss kommt. – Oder: Wir sind nicht dagegen, wenn der Bund uns Geld geben will, gerne auch mehr. Es handelt sich aber letztlich um zwei Tablets pro Klasse. Das ist jetzt schon nett, aber man könnte auch mehr machen, wenn man wollte. – Jeder, der das hört, vertraut auf die starken Werte und Worte. Die Sachaufwandsträger im Land, Kommunen, Gemein-

den, Landkreise, planen schon seit 2018 intensiv, haben Konzepte entwickeln müssen, immer mit der Zusage: Bayern macht's, der Bund obendrauf.

Und jetzt? – Schreiben vom 02.04.2019, Kultusministerium:

Förderprogramme sind abschließend etatisiert und ausfinanziert. In diesem Zusammenhang bitte ich Sie zu beachten, dass der Digitalpakt Schule 2019 bis 2024 erst mit Unterschrift aller Länder sowie des Bundes in Kraft treten wird und kein vorzeitiger Maßnahmenbeginn zugelassen wird. Wir empfehlen Ihnen, neue Maßnahmen, für die bislang noch keine Bewilligungsbescheide erteilt wurden, zunächst noch zurückzustellen und insbesondere vorerst keine weiteren Anträge oder Vergabeverfahren einzuleiten.

Was heißt das? – Die Offensive wird gestoppt, keine Luft mehr, warten wir mal ab, bis wieder Luft kommt, das kann aber möglicherweise noch dauern. – Planungssicherheit, meine Herren, sieht anders aus, Worthalten ebenfalls.

(Beifall bei der SPD)

Sie gaukeln ein Ziel vor, angeblich finanziert, Digitalisierung ist wichtig.

Wie sehen es die Betroffenen? – Ich zitiere den Bürgermeister der Stadt Fürth:

Insgesamt muss man feststellen, dass der Freistaat den Herausforderungen der digitalen Bildung in keinster Weise gerecht wird. Es bleibt den Kommunen überlassen, die unerledigten staatlichen Hausaufgaben mit den Schulen vor Ort auf eigene Kosten zu erledigen.

Und wenn Ihnen das noch nicht genügt, der Chef des Städtetags, Ihr Kollege Kurt Gribl, sagt:

Die Beendigung des bayerischen Förderprogramms entspricht nicht den Ankündigungen vor der Landtagswahl. [...] Mit der Beendigung des [...] Förderprogramms wird die begonnene Digitalisierung [...] abrupt gebremst. Die zeitnahe Umsetzung

der vom Kultusministerium selbst bei den Schulen in Auftrag gegebenen Medien[...]konzepte ist damit erheblich gefährdet.

Meine Damen und Herren, wer den Anschein eines zahlungswilligen und zahlungsfähigen Förderers erweckt, damit täuscht und bei den Getäuschten intensive Planungs- und Investitionsmaßnahmen initiiert und damit auch den Schülerinnen und Schülern sowie den Sachaufwandsträgern einen Schaden zufügt, ist eigentlich des bildungspolitischen Digitalisierungsbetruges dringend verdächtig. Den Verdacht können Sie dadurch ausräumen, dass Sie, wie von uns beantragt, die im Haushalt eingestellten 212,5 Millionen Euro weiterhin direkt und ohne Stopp der Digitalisierung den Sachaufwandsträgern zuführen, aus eigener bayerischer Kraft, und sich angesichts der nun vom Bund zur Verfügung gestellten 778 Millionen Euro nicht aus Angst vor der eigenen Vollmundigkeit im Vorfeld in die Büsche schlagen.

So, wie Sie es hier präsentieren, geht es nicht. Ich fordere Sie auf, maßzuhalten, Wort zu halten und unserem Antrag zuzustimmen, damit in Bayern die Digitalisierung an den Schulen wie versprochen vorangeht, und keine Mätzchen zu machen, wenn der Bund jetzt doch Geld gibt. Das ist unlauter.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Arnold. – Nächster Redner ist Herr Kollege Maximilian Deisenhofer von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Maximilian Deisenhofer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Am Dienstag letzter Woche hat Kultusminister Piazzolo einen Brief an die Kommunen geschrieben, in dem diese dazu aufgefordert werden, neue Maßnahmen zur digitalen Ausstattung von Schulen zurückzustellen, keine weiteren Aufträge zu vergeben und vorerst keine weiteren Vergabeverfahren einzuleiten, und zwar so lange, bis das Geld aus dem Digitalpakt vom Bund kommt.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Vom Bund!)

Diese Nachricht schlug an den Schulen und auch beim Bayerischen Städtetag ein wie eine Bombe; der Kollege Arnold hat es schon erwähnt.

Die Beendigung des bayerischen Förderprogramms entspricht nicht den Ankündigungen vor der Landtagswahl, die begonnene Digitalisierung wird abrupt abgebremst usw. – alles wahre Worte, die aber ausnahmsweise nicht von uns GRÜNEN, sondern von CSU-Vize Gribl stammen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Die im SPD-Dringlichkeitsantrag geforderte Auszahlung der bereits in Aussicht gestellten Mittel ist aus unserer Sicht eine Selbstverständlichkeit. Davon gehen wir aus, deswegen können wir dem auch zustimmen.

Unser Antrag geht allerdings noch weiter: Zum einen fordern wir eine dauerhafte Mitfinanzierung der digitalen Ausstattung durch den Freistaat Bayern auch über 2020 hinaus, wenigstens mit weiteren Fördermaßnahmen, besser noch mit einer dauerhaften Finanzierung, und zwar zusammen mit den Kommunen, nicht gegen sie.

Zum anderen müssen CSU und FREIE WÄHLER jetzt endlich das Thema "IT-Betreuung an Schulen" anpacken. Im Koalitionsvertrag heißt es, man wolle im Dialog mit den kommunalen Spitzenverbänden Lösungsansätze für Konzepte zur Wartung und Pflege der IT-Infrastrukturen an den Schulen erarbeiten und umsetzen. Ziel ist es, im Idealfall ein zentrales, landesweit verfügbares Angebot für Wartung und Pflege aufzusetzen, um die Schulleitungen und Systembetreuer von ihren technischen Aufgaben zu entlasten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist ein gutes Ziel. Aber meines Wissens fand dazu bisher kein einziges offizielles Gespräch statt. Vielmehr wird dieses Anliegen im Bildungsausschuss immer wieder

blockiert, wenn wir es einbringen. Wir haben dazu auch im aktuellen Doppelhaushalt erneut einen Antrag eingebracht und schlagen darin eine faire Aufteilung zwischen Freistaat und Kommunen vor. Das im Koalitionsvertrag versprochene, landesweit verfügbare Angebot zur IT-Betreuung taucht nicht einmal mehr im nachgezogenen Antrag der FREIEN WÄHLER auf. Falls sich die Staatsregierung von diesem Ziel jetzt schon verabschiedet hat, fragen wir uns schon, wie viel der Spezi-Koalitionsvertrag nach nicht einmal sechs Monaten noch wert ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn die FREIEN WÄHLER jetzt wieder mit dem bösen CSU-Finanzminister kommen, der das Geld im Haushalt nicht bereitstellt, sage ich ganz deutlich: Die jeweiligen Ministerien und Minister sind dafür verantwortlich, ihre Projekte im Kabinett durchzusetzen. Finden Sie einen guten Kompromiss mit den Kommunen, kämpfen Sie für eine ordentliche IT-Betreuung für unsere Lehrkräfte und die Schülerinnen und Schüler in Bayern!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Deisenhofer. Das Wort hat Herr Kollege Bernhard Pohl von den FREIEN WÄHLERN.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Arnold, ich schätze Sie an sich als einen hoch qualifizierten Juristen, aber in Ihrem neuen Amt scheinen Ihnen diese Fähigkeiten abhanden gekommen zu sein. Ich muss Ihnen einmal mehr sagen, dass Sie doch ganz genau wissen, dass der Kultusminister keine Verträge zulasten Dritter schließen und keine Versprechungen abgeben kann, solange die Bundesmittel nicht in trockenen Tüchern sind.

(Horst Arnold (SPD): Sie sitzen doch mit dem Ministerpräsidenten am Tisch!)

Sehr geehrter Herr Kollege Arnold, die Haushaltsmittel haben wir mehrheitlich in den Haushaltsberatungen beschlossen. Das werden wir im Mai in trockene Tücher bringen.

Lieber Herr Kollege Deisenhofer, zu Ihnen kann ich nur sagen: Wer aus einer so berühmten Juristenfamilie stammt, sollte auch die Zuständigkeiten kennen. Die Zuständigkeit für die IT-Betreuung und -Wartung liegt eindeutig beim Sachaufwandsträger. Das sind die Kommunen. Wir werden die Kommunen natürlich unterstützen. Deswegen werden wir die Anträge der SPD und der GRÜNEN ablehnen und unserem Antrag zustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Prof. Waschler von der CSU-Fraktion hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Kollege Pohl, stimmen Sie meiner Aussage zu, dass die Bemerkung von Kollege Arnold, die Offensive sei gestoppt, keinerlei Realitätsbezug hat?

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Ich stimme ihr uneingeschränkt zu und darf noch ein paar Dinge grundsätzlicher Art dazu sagen. Wir sind diejenigen, die die IT-Ausstattung der Schulen voranbringen. Wir haben einen Aufschlag in einem dreistelligen Millionenbereich gemacht: 212 Millionen Euro im Haushalt. Das sind die eigenen Mittel des Freistaats plus die Mittel des Bundes. Wir sind in der Lage, die Schüler perfekt und optimal auszustatten. Ich muss jetzt schon sagen, dass das Ministerium den kommunalen Spitzenverbänden, den Städten und Gemeinden signalisiert hat: Jawohl, wir sind bereit euch zu unterstützen, wir greifen euch unter die Arme, wir werden das im Detail besprechen. – Das müssen wir nicht. Das sind freiwillige Leistungen des Freistaates Bayern, weil wir außerordentlich kommunalfreundlich sind.

(Widerspruch bei der SPD)

Aber es kann nicht sein, dass man die Dinge auf den Kopf stellt, wie es bei den GRÜNEN leider des Öfteren der Fall ist.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Pohl, denken Sie bitte an Ihre Redezeit.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Herr Präsident, ich glaube, Sie haben meine Redezeit weiterlaufen lassen und nicht die zwei Minuten von der Zwischenbemerkung berücksichtigt.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nein, Sie haben nur eine Minute. Deshalb ist Ihre Redezeit zu Ende.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Das ist aber kein Problem. Ich habe das gesagt, was ich sagen wollte.

(Zurufe: Aufhören!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, stimmen Sie unserem Antrag zu und lehnen Sie die beiden anderen Anträge ab.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Pohl. Für die AfD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Gerd Mannes das Wort.

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Die Digitalisierung ist für viele Lebensbereiche eine der größten Herausforderungen der Gegenwart, nicht zuletzt für den Wunsch nach Wohlstand und erfolgreicher wirtschaftlicher Entwicklung Bayerns. Hierbei stellt die berufliche Qualifikation ein Schlüsselmerkmal dar. Deren Grundlagen müssen an bayerischen Schulen gelegt werden. Hier herrscht dringender Handlungsbedarf, damit Bayern wirklich an der Spitze des technischen Fortschritts steht und sich von Rang 28 der OECD-Staaten wieder nach oben arbeitet.

Sowohl die Union als auch die SPD haben in der Vergangenheit auf Bundes- und Landesebene die Digitalisierung der Schulen mittels der dafür erforderlichen Ausrüstung und der damit verbundenen Ausbildung der Lehrer völlig vernachlässigt und verschlafen. Entscheidend ist die zeitgemäße Ausstattung bayerischer Klassenzimmer mit geeigneten digitalen Medien. Dazu gehört auch eine entsprechend schnelle Internetanbindung, um die Hardware auch nutzen zu können. Nach Angaben des Kultusministeriums gibt es nur in jeder zweiten Schule WLAN.

Ich darf in diesem Zusammenhang an das lange und unwürdige Gezerre erinnern, dass die CSU zu verantworten hat: Zuerst gab es die Zustimmung der CSU im Bundestag zum Digitalpakt Schule, dann die Ablehnung im Bundesrat und das Einbringen des Dringlichkeitsantrags der Staatsregierung vom 23.01.2019, dem die AfD zugestimmt hat.

Die AfD hat jedoch die Änderung des Grundgesetzes im Bundestag abgelehnt. Wir wollen, dass Bildung reine Ländersache bleibt.

Wir freuen uns jedenfalls, dass die entsprechenden Gelder endlich versprochen worden sind und hoffentlich auch bald den Sachaufwandsträgern zugeführt werden können. Aus dem Digitalpakt Schule stehen 778 Millionen Euro zur Verfügung. Das ergibt für jede Schule etwa 140.000 Euro. Die angekündigten 212 Millionen Euro aus dem Entwurf für den Doppelhaushalt müssen in vollem Umfang fließen, damit die Digitalisierung schnell vorangetrieben wird und es Rechts- und Planungssicherheit für die Kommunen und die privaten Schulträger gibt.

Eine Bemerkung zum Schluss: Allein mit den Investitionen in die notwendige Hardware ist es nicht getan. Für die bayerischen Lehrkräfte, von denen erwartet wird, digitale Medien verstärkt in den Unterricht einzubeziehen, müssen professionell organisierte Fortbildungen angeboten werden. Die bisherigen Maßnahmen des Staatsministeriums reichen nicht aus. Vor allem muss die Unsitte eingestellt werden,

von Lehrkräften stillschweigend zu erwarten, die notwendigen technischen Geräte privat zu finanzieren. Hier ist eindeutig der Dienstherr in der Pflicht.

Wir stimmen den Anträgen von SPD und FREIEN WÄHLERN zu, denn die Investition in unsere digitale Zukunft sollte selbstverständlich sein. Den Antrag der GRÜNEN lehnen wir ab. Es ist zwar richtig, dass die bayerischen Schulen auch in Bezug auf die personellen Ressourcen dringend professionalisiert werden müssen. Aber einer weiteren Finanzierung von entsprechenden Mittel durch den Freistaat bedarf es aus unserer Sicht nicht.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Mannes. – Nächster Redner ist Herr Kollege Prof. Waschler von der CSU-Fraktion.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Vizepräsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich stelle fest: Der Antrag der SPD ist erfüllt.

(Lachen des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Er ist damit überflüssig und wird von uns abgelehnt. Die Gründe sind eindeutig. Es hat nämlich nicht, wie der Antrag unterstellt, in irgendeiner Weise Kürzungen gegeben. Das Gegenteil ist der Fall. Damit ist auch der "Kommunalbrief", den Sie versandt haben und in dem behauptet wird, der Freistaat Bayern streiche die Finanzierung des digitalen Klassenzimmers, völlig falsch und geht an der Realität vorbei.

Tatsache ist, dass das Förderprogramm aus dem Masterplan Bayern Digital II mit 212,5 Millionen Euro für die Jahre 2018 bis 2020 vollständig etatisiert ist. Die Beschlüsse liegen vor. Bis zum Antragsschluss 31. Dezember 2018 hatten wir eine Antragsquote von fast 100 % erreicht, nicht zuletzt durch eine gute Initiative, die die Regierungen vorangebracht haben.

Die Antragsteller erhielten und erhalten Förderbescheide und können die Mittel bis zu drei Jahre nach dem Datum des Bescheides abrufen. Was will man mehr? – Hiermit ist absolute Sicherheit gegeben.

Das Windhundprinzip kommt nicht zur Anwendung, sondern es gibt ein Budget, aus dem kommunale Träger Mittel beantragen konnten. Die Budgetmitteilungen sind fast vollständig erfolgt. Die Landesmittel in Höhe von 212 Millionen Euro sind gut verplant und gut angelegt. Sie fließen in den Jahren 2018 – im vergangenen Jahr sind sie schon geflossen – bis 2020. Kurzum: Positiv erledigt!

Zu dem erwähnten Digitalpakt des Bundes ist ein erheblicher Unterschied da; Herr Kollege Arnold, das war bei Ihnen korrekt. Bundesmittel in Höhe von 778 Millionen Euro sind in Aussicht gestellt. Der Unterschied zum bayerischen Programm ist, dass es beim Bundesprogramm keinen vorzeitigen Maßnahmenbeginn gibt. Wir müssen abwarten, bis die entsprechende Verwaltungsvereinbarung in Bayern in Kraft tritt. Noch fehlen verschiedene Unterschriften. Die Erstellung der Förderbekanntmachung erfolgt im Benehmen mit dem Bund und ist abzuwarten.

In dem Schreiben, das der Kultusminister am 2. April 2019 an die Sachaufwandsträger versandt hat und in dem es um die Anschaffungen geht, heißt es klar, dass frühestens mit Inkrafttreten der Verwaltungsvereinbarung auf die Mittel zurückgegriffen werden kann. Das ist ein vorsorglicher Hinweis, dass eine frühere Anschaffung förderschädlich wäre. Deswegen: Ablehnung des SPD-Antrags!

Zu dem Antrag der GRÜNEN ist zu sagen, dass er an dem Thema völlig vorbeigeht. Ich kann mich nicht erinnern, dass wir im Bildungsausschuss darüber schon ausführlich auf der Grundlage eines Antrags der GRÜNEN diskutiert hätten. Sie verlangen eine dauerhafte 50-prozentige Mitfinanzierung des Freistaates, wenn es um die digitale Ausstattung geht. Das hat mit den Förderprogrammen, die ich erwähnt habe, konkret nichts zu tun, sondern geht weit darüber hinaus. Dazu bedürfte es zudem einer dauerhaften Veränderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes. Ich stelle

fest, dass derzeit nicht geplant ist, dieses Gesetz in puncto Zuständigkeit der Schulaufwandsträger zu verändern.

Auch was das Thema Wartung und Pflege angeht, so bitte ich die GRÜNEN, in den Koalitionsvertrag zu schauen. Sie haben behauptet, wir hätten dazu nichts festgelegt. Im Koalitionsvertrag heißt es jedoch:

Im Dialog mit den kommunalen Spitzenverbänden wollen wir Lösungsansätze für Konzepte zur Wartung und Pflege der IT-Infrastrukturen an den Schulen erarbeiten und umsetzen.

Weiteres bitte ich dem Koalitionsvertrag zu entnehmen.

Fazit: Auch der Antrag der GRÜNEN ist abzulehnen. – Wir stimmen selbstverständlich dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER zu. – Danke schön.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Prof. Waschler, bitte bleiben Sie noch vorn. Es gibt eine Zwischenintervention des Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Horst Arnold.

Horst Arnold (SPD): Sehr geehrter Prof. Waschler, ich denke schon, dass es wichtig ist, dass die Nachricht, die Sie soeben ausgesandt haben, auch beim Bayerischen Städtetag ankommt. Ich wundere mich nämlich schon, wie dessen Pressemitteilung vom 5. April folgende Verlautbarungen haben kann:

Das Kultusministerium hat überraschend mitgeteilt, dass das erst letztes Jahr aufgelegte Förderprogramm sofort beendet wird. Stattdessen sollen die Kommunen nun auf die im Digitalpakt von Bund und Ländern angekündigten Bundesmittel warten und dürfen solange keine IT-Ausstattung mehr beschaffen, bis geklärt ist, wofür die Bundesmittel verwendet werden dürfen. Im Gegensatz dazu wurde letztes Jahr angekündigt, dass es sich bei den verbeschiedenen Mitteln nur um die

erste Tranche handelt und jährlich mit weiteren Mitteln geplant werden kann. Es hilft daher wenig, wenn jetzt zwar im Doppelhaushalt 2019/2020 Landesmittel in Höhe von 172,5 Millionen Euro bereitgestellt werden, aber keine neuen Förderanträge mehr gestellt werden dürfen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Arnold, Sie denken an Ihre Redezeit?

Horst Arnold (SPD): Das ist doch genau das Gegenteil dessen, was Sie behauptet haben.

(Beifall des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Stellen Sie sich zu Ihrem Kollegen Kurt Gribl hin und sagen ihm, es habe sich alles erledigt, was er in seiner Pressemitteilung als Problem formuliert hat, das sei kalter Kaffee? – Das kann ich nicht glauben.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Prof. Waschler, bitte.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Kollege Arnold, ich kann Ihnen nur sagen: Wundern Sie sich nur! Wir wundern uns auch, aber über Ihre Aussagen und Ihre Aussendungen. Draußen, an den Schulen vor Ort, geht es darum, dass eine gute Infrastruktur da ist. Auch Ihre Botschaft müsste lauten: Es läuft. Gelder von in der Summe fast 1 Milliarde Euro sind vorhanden. Wir sind auf diesem sehr guten Weg. – Sie müssten eigentlich Beifall klatschen, zumal Sie, wie ich glaube, in der Bundesregierung noch in der Mitverantwortung sind. Oder täusche ich mich da?

(Volkmar Halbleib (SPD): Das kam von einem CSU-Oberbürgermeister!)

Herr Kollege Halbleib, angesichts dessen, was Ihr Fraktionsvorsitzender soeben vorgetragen hat, sage ich Ihnen: Sie müssten sich eigentlich energisch dagegen verhalten, dass von hier aus falsche Botschaften nach draußen gehen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Von Ihnen!)

Denn diese verursachen vor Ort höchste Verunsicherung. Das ist jetzt hoffentlich beendet. Ich hoffe, dass die SPD zu einer soliden, sachbezogenen Politik zurückkehrt, zu einer Politik, bei der es um die Sache geht. – Danke.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Prof. Waschler, es gibt eine weitere Zwischenbemerkung, diesmal von Herrn Kollegen Maximilian Deisenhofer von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Gern.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Bitte sehr.

Maximilian Deisenhofer (GRÜNE): Herr Kollege Waschler, wir haben den Koalitionsvertrag aufmerksam gelesen. Darin heißt es:

Ziel ist [...] ein zentrales, landesweit verfügbares Angebot für Wartung und Pflege, um Systembetreuer und Schulleitungen von diesen zusätzlichen technischen Aufgaben zu entlasten.

Diese Formulierung taucht in dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER nicht mehr auf; das habe ich vorhin schon erwähnt. Mich würde jetzt nur interessieren: Steht die CSU-Fraktion weiter hinter diesem Ziel, das im Koalitionsvertrag vereinbart worden ist?

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Kollege, ich bedanke mich ausdrücklich für Ihre Wortmeldung; denn dass ich darauf nicht eingegangen bin, war der Zeit geschuldet. – Selbstverständlich ist alles, was im Koalitionsvertrag enthalten ist, für uns Aufgabe und Programm; deshalb ist es ein Koalitionsvertrag. Auf diesem Weg werden wir

bis 2023 zielführend weiterarbeiten. Wir freuen uns natürlich, wenn die GRÜNEN uns dabei begleiten und sagen: Wir, die Regierungsfractionen, haben das gut, sehr gut und sogar bestens gemacht. – Dann können wir sagen: Ihr habt endlich einmal etwas Richtiges gesagt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Zu einer weiteren Zwischenbemerkung hat sich der FDP-Kollege Matthias Fischbach gemeldet.

Matthias Fischbach (FDP): Herr Kollege Waschler, ist es Ihnen nicht peinlich, dass es ein SPD-Bundesfinanzminister ist, der Söder und der CSU im Freistaat Bayern gerade aus der Patsche hilft? – Die Mittel des Digitalpaktes, die Sie hier verplant haben, sind doch keine haushaltspolitische Spachtelmasse, um zu kaschieren, was falsch gemacht worden ist. Es kommt in Bayern für Monate zur Aussetzung neuer Fördermaßnahmen. Ist Ihnen das nicht peinlich? Haben Sie denn im Haushaltsplan überhaupt keine Gelder dafür vorgesehen, sodass es wenigstens in den nächsten Monaten ausfinanziert wäre?

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Prof. Waschler.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Kollege, ich verstehe den tiefsitzenden Frust, dass Sie nicht in der Bundesregierung sind.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Insofern möchte ich in der gebotenen Sachlichkeit sagen: Wenn Sie Teil der Bundesregierung gewesen wären und es programmatisch so nach vorn gebracht hätten wie die amtierende Bundesregierung, dann hätten wir auch Dankeschön gesagt.

(Julika Sandt (FDP): Dann hätten Sie uns beim Koalitionsvertrag entgegenkommen müssen!)

Frau Kollegin, Ihre Partei war hier schon einmal fünf Jahre in Regierungsverantwortung. Sie wissen, worauf es ankommt: Am Ende muss bei den Schülerinnen und Schülern, die diese Geräte nutzen, ein pädagogischer Fortschritt erkennbar sein. Das ist das Entscheidende.

(Julika Sandt (FDP): Das haben wir damals eingefordert!)

Wir begrüßen jedwede Unterstützung auf diesem Weg. Unterstützung? – Das können wir von der FDP momentan noch nicht wirklich sagen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Prof. Waschler. – Nächster Redner ist Herr Kollege Matthias Fischbach von der FDP.

Matthias Fischbach (FDP): Herr Kollege Waschler, das trifft sich gut, da ich sogleich erwidern kann. – Die FDP hat in den Koalitionsverhandlungen bei der Digitalisierung deutlich mehr gefordert, übrigens auch deutlich mehr Kompetenzen des Bundes, die Länder zu unterstützen. Es waren unter anderem die GRÜNEN mit Kretschmann in Baden-Württemberg, aber auch die Bayerische Staatsregierung bzw. Herr Söder, die das blockiert haben. Von daher brauchen Sie sich so hier nicht aus der Affäre zu stellen.

(Beifall bei der FDP)

Was haben wir im vergangenen Jahr für Behauptungen gehört! Was waren das für vollmundige Ankündigungen! 50.000 digitale Klassenzimmer hat der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung angekündigt. Der Kultusminister erklärte:

Die Fördersumme von rund 212,5 Millionen Euro bildet den Auftakt für drei auf mehrere Jahre angelegte Programme für die IT-Ausstattung, die insgesamt einen mittleren dreistelligen Millionenbetrag umfassen sollen.

Von Vorleistungen, wie sie in dem Antrag der FREIEN WÄHLER stehen, war damals keine Rede. Versuchen Sie nicht, sich mit solchen Umdeutungen aus der Affäre zu ziehen. Die Sachaufwandsträger in ganz Bayern haben sich darauf verlassen, dass sie für die nächsten Jahre verlässliche Förderbedingungen haben.

(Horst Arnold (SPD): So ist es!)

Sie haben sich darauf eingestellt. Sie haben ihre Haushalte danach ausgerichtet. Sie haben die Schulen animiert, eigene Medienkonzepte für die nächsten Jahre zu entwickeln. Und was kommt jetzt? Letzte Woche gab es das Schreiben von Minister Piazzolo. Darin heißt es, dass die Kommunen keine neuen Maßnahmen zur digitalen Ausstattung von Schulen ergreifen bzw. diese zurückstellen sollen. Sie sollen keine weiteren Aufträge vergeben. Sie sollen auch keine Vergabeverfahren mehr einleiten.

Die Schulen stehen jetzt auf unbestimmte Zeit ohne Fördergelder da. Das ist ein digitalpolitischer Super-GAU, den auch Sie zu verantworten haben.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der SPD)

Wie soll es weitergehen? Kommt ein Nachtragshaushalt zum Doppelhaushalt? – Für den Digitalpakt sind jedenfalls keine Mittel in den Haushalt eingestellt – null Euro. Wollen Sie warten, bis die Medienkonzepte mit den dafür vorgesehenen Geräten nicht mehr aktuell sind, sodass die Schulen dann wieder von vorn anfangen können? – Sie demotivieren die Schulen und die Sachaufwandsträger hier in Bayern.

Die Staatsregierung hat sich offensichtlich verpokert und verplant. Erst blockieren Sie im Bund den DigitalPakt, dann blockieren Sie heute hier die Kommunen. Was ist das für eine planlose Strategie von Ihnen?

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der SPD)

Ich sage Ihnen eines: Nehmen wir doch mal die Einsparvorschläge des Obersten Rechnungshofs ernst! Substituieren wir hier nicht die bayerischen Förderprogramme

durch den Bund, sondern stecken wir das Geld zusätzlich in die Bildung und sparen wir es da ein, wo der ORH vorgeschlagen hat. Reagieren wir nicht so arrogant auf die Vorschläge des ORH, die in der Sache wirklich sehr begründet sind!

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Das Wort hat Herr Staatsminister Prof. Dr. Piazolo.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich noch ein paar Dinge in der gebotenen Ruhe und Sachlichkeit klarstellen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Im Gegensatz zum Kollegen Waschler!)

In Bayern haben wir im Gegensatz zu vielen, ja den meisten anderen Bundesländern frühzeitig mit der Digitalisierung und der Förderung der Digitalisierung begonnen. Das möchte ich mal als Erstes vorausschicken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Es scheint jetzt bei der SPD

(Horst Arnold (SPD): Ja!)

diese Verwirrung gegeben zu haben, weil zwischen zwei verschiedenen Förderprogrammen nicht unterschieden wird. Ich werde deshalb einfach noch einmal erklären, worum es geht: Wir haben in Bayern schon vor einigen Jahren begonnen, Geld in die Digitalisierung zu stecken. Deshalb stehen für die Jahre 2018/2019/2020 über 212 Millionen Euro zur Verfügung. Das hat der Kollege Waschler gerade erwähnt.

Wie läuft das ab? – Es ist auch erwähnt worden, dass wir eben nicht nach dem Windhundprinzip reagiert und gesagt haben: Liebe Gemeinden, so schnell wie möglich! Stattdessen haben wir ein Programm aufgesetzt, damit nach Möglichkeit jeder Ge-

meinde Geld aus diesem Pakt zugutekommt. Gerade weil dieses Programm so gut aufgesetzt worden ist, haben sich praktisch alle Gemeinden in Bayern darum beworben. Das ist ein sensationelles Ergebnis.

(Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

– Herr Arnold, warten Sie noch ein bisschen ab. Die Anträge liefen bis zum 31.12.2018 und liegen alle bei uns vor. Nach einem solchen Antrag und dem Bescheid, dass man auch Geld bekommen kann, werden die Aufträge erteilt. Am Schluss wird das Geld ausgebracht. Das braucht eine bestimmte Zeit. Diese 212 Millionen Euro stehen vollständig zur Verfügung. Da wird nichts gekürzt. Da erliegt die SPD einem Missverständnis. Niemand von der Regierung hat je behauptet, es würde 2019/2020 auch nur ein einziger Cent dieses Programms gekürzt werden. Nur die SPD glaubt das, weil sie das Programm nicht versteht. Genau so ist es.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zurufe von der SPD)

Deshalb geht der Antrag in die Leere. Wie gerade schon gesagt worden ist, ist genau das der Punkt. Man braucht sich hier keine Sorgen zu machen.

Nun kommt noch ein zweites Programm dazu, nämlich das Programm des Bundes. Dieses Programm heißt auch anders, nämlich DigitalPakt Schule. Das ist jetzt übrigens beschlossen, aber noch nicht unterschrieben worden. Die Verzögerung haben die FDP und die GRÜNEN zu verantworten, weil sie plötzlich ohne Not eine Grundgesetzänderung vorgenommen haben, die zur Ausreichung dieses Digitalpakts überhaupt nicht notwendig gewesen wäre.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Maximilian Deisenhofer (GRÜNE): Die Ministerin ist von der CDU!)

Es ging damals einigen Bundespolitikern nur darum, Kompetenzen in der Bildungspolitik vom Land weg und nach Berlin zu verlagern. Dem haben wir uns, der Ministerpräsident an erster Stelle, mit voller Kraft entgegengestellt. Meine sehr verehrten Damen

und Herren, ich sage ganz deutlich: Gottseidank konnte diese Änderung des Grundgesetzes verhindert werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Es hat uns aber Zeit gekostet. Deshalb kann das Geld jetzt noch nicht ausgereicht werden. Ein Antrag, der vor einem Programm gestellt wird, ist eben förderschädlich. Genau das ist der Inhalt des Briefs. Wir haben gesagt: Liebe Gemeinden, wartet ab, bis unterschrieben worden ist und das Geld fließen kann. Der Grund des Briefes lag in der Rücksichtnahme auf die Gemeinden.

(Zurufe von der SPD)

Wir haben diesen Brief vorsorglich und zum Schutz der Gemeinden geschrieben. Wir hätten den Brief auch nicht schreiben können. Dann hätten die Gemeinden eben Anträge gestellt, die ins Leere gegangen wären.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben hier zum Schutz der Gemeinden und Kommunen gehandelt. Anscheinend hat die SPD jetzt aber, weil sie das Schreiben und das Programm nicht verstanden hat, einen Brief hinausgeschickt, der für große Unruhe sorgt und aus meiner Sicht auch schädlich für die Kommunen ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sehr geehrter Herr Arnold, Sie werfen uns jetzt hier Betrug vor, weil Sie glauben

(Horst Arnold (SPD): Verdacht!)

– doch, das Wort ist gefallen! –,

(Horst Arnold (SPD): Ja, aber das ist ein Verdacht!)

dass das Geld nicht ausgereicht wird. Wir werden dieses Geld, so wie es im Haushalt vorgesehen ist, bis auf den letzten Cent ausreichen. Das können Sie dann noch mal nachprüfen. Ich erwarte dann aber, dass Sie das spätestens 2020 klarstellen und an-

erkennen, dass hier kein Betrug stattgefunden hat, sondern dass das Geld seinem entsprechenden Zweck zugeführt worden ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Horst Arnold (SPD): Ich hab das nie behauptet! Jetzt hör' doch mal auf! – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Er kann dann einen Brief schreiben, wie er jetzt schon einen geschrieben hat!)

Ich kann zu diesem Zweck auch noch einmal deutlich machen, wie die 212,5 Millionen Euro verwendet werden. In diesen drei Jahren sind 150 Millionen Euro zur Verbesserung der IT-Ausstattung vorgesehen. Wir haben in Bayern schon mehr als 10.000 digitale Klassenzimmer geschaffen. Nennen Sie mir andere Bundesländer, in denen das passiert ist! Das heißt, ein guter Teil dessen, was auch vom Ministerpräsidenten kraftvoll versprochen wurde und was wir im Koalitionsvertrag festgehalten haben, ist schon geschehen. Es gibt darüber hinaus 35 Millionen Euro für integrierte Fachunterrichtsräume und 27,5 Millionen Euro zur Verbesserung der IT-Ausstattung an Ausbildungsschulen und Seminarschulen. Wir sind da auf einem guten Weg. Es ist aber noch einiges zu tun. Genau deshalb läuft das Programm des Bundes auch bis 2024. Wir sind – das sage ich auch ganz deutlich – dankbar, dass insgesamt 778 Millionen Euro nach dem Königsteiner Schlüssel nach Bayern fließen. Das heißt, wenn Sie diese beiden Programme zusammenrechnen, gibt Bayern über 1 Milliarde Euro für Digitalisierung aus.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist ein wuchtiger Aufschlag in einem Bereich, der – seien wir einfach mal ehrlich – grundsätzlich eine Sache der Schulaufwandsträger ist. Das heißt, wir als Bayerische Staatsregierung geben 1 Milliarde Euro an die Kommunen. In welchem Ausmaß wir kommunalfreundlich sind, muss man hier einfach betonen. Wir beide, sowohl die CSU als auch die FREIEN WÄHLER, sind kommunalfreundliche Parteien. Um hier einiges voranzubringen, machen wir ein solches Programm. Ich will auch ganz deutlich betonen, dass wir das in Abstimmung mit den Kommunen machen.

Liebe GRÜNE, wir werden deshalb auch bei den Themen IT und Systembetreuer den Koalitionsvertrag erfüllen. Dort steht, dass das im Gespräch und in Abstimmung mit den Kommunen geschehen soll. Auch das ist übrigens eine kommunale Aufgabe. Uns ist trotzdem wohl bewusst, dass die Aufgabe der Digitalisierung der Schulen nur zu stemmen ist, wenn wir zusammenwirken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte damit abschließen und an Sie appellieren: Ich glaube, dass Digitalisierung eine ganz entscheidende Zukunftsaufgabe für unsere Schulen ist.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Wir haben ein großes Programm aufgesetzt und werden viel Geld ausgeben. Wir werden das in Zusammenarbeit und in enger Absprache mit den Kommunen tun. Ich ermuntere aber auch diesen Landtag dazu, zu versuchen, dieses Thema gemeinsam und positiv voranzubringen. Man sollte diesem Programm nicht auch noch Knüppel zwischen die Beine werfen. Es ist ein gutes Programm. Wir sind ein gutes Stück vorangekommen. Viele Bürgermeister – übrigens auch SPD-Bürgermeister und der eine oder andere Bürgermeister der GRÜNEN – profitieren von diesem Programm. Deshalb sage ich, es wäre schön, wenn wir die Digitalisierung zusammen nach vorne bringen können. Wir leisten unseren Teil dafür, und wir werden in vielen Bereichen – die kann ich gerne noch nennen, vielleicht kommt noch die eine oder andere Frage – das eine oder andere in den nächsten Tagen deutlich machen. Übermorgen haben wir eine Pressekonferenz und werden dann sagen, was wir zusätzlich auch mit den Mitteln des Digitalpakts noch alles planen. Es ist ein wuchtiger Aufschlag. Wir kümmern uns um die Schulen, um die Schüler und um die Kommunen. Helfen Sie lieber mit, statt falsche Meldungen in die Welt zu setzen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön, Herr Staatsminister. – Eine Zwischenbemerkung von Herrn Fraktionsvorsitzenden Horst Arnold von der SPD.

Horst Arnold (SPD): Sehr geehrter Herr Staatsminister, Sie haben von Missverständnissen gesprochen. Nehmen Sie zur Kenntnis, dass wir mit unserem Antrag die Kontinuität der Digitalisierung ohne Pausen sichern wollen. Sie haben gesagt: aus Fürsorge. – Wir haben diesen Antrag aus Fürsorge für die Kommunen gestellt, damit es weitergeht, damit es Fortschritt und keinen Stillstand gibt.

Uns ist bekannt, dass die Bundesmittel nur bei einer Kofinanzierung fließen. Jetzt möchte ich gerne wissen, aus welchen Mitteln von den 212,5 Millionen diese Kofinanzierung stammt oder ob noch zusätzliche Mittel für die Kofinanzierung eingeplant sind. Sind die Gelder mit eingeplant, oder gibt es noch etwas Zusätzliches?

Ein Drittes: Ich habe gesagt, wer so handelt, der täuscht, und diese Täuschung ist draußen angekommen. Der Städtetag ist zitiert worden, Bildungsbürgermeister, die schon lange im Amt sind, sind zitiert worden. Sie sind über Ihr Schreiben und Ihr Handling höchst erstaunt. Eine sachgerechte Politik heißt doch auch eine zeitgemäße, verständliche Information.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Arnold, Ihre Zeit, bitte!

Horst Arnold (SPD): Nicht die SPD hat ihre Hausaufgaben nicht gemacht, sondern Sie hätten so informieren können, wenn das wahr ist, was ich gesagt habe, dass keine Missverständnisse entstehen. So, wie Sie das Schreiben formuliert haben, ist kein Missverständnis ausgeräumt.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Kollege Arnold. – Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Unterricht und Kultus): Ich werde mir in Zukunft Mühe geben, so zu formulieren, dass es auch die SPD versteht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Die Unverschämtheit nimmt zu, und der Sachgehalt nimmt ab! Reiben Sie sich am Städtetag! – Weitere Zurufe von der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Unterricht und Kultus): Ich weiß nicht, was an dem Satz sachlich falsch ist, wenn ich sage, ich werde mir Mühe geben, so zu formulieren, dass es auch die SPD versteht. Ich weiß nicht, warum sich die Kollegen bei diesem Satz so aufregen. Lesen Sie es sich noch einmal im Protokoll durch. Dann werden Sie sehen, dass es ein sachlicher Satz ist. Oder wollen Sie ihn umdrehen? Ich glaube es nicht.

Um noch einmal auf die Frage, was die Intention war, zu antworten: Die Intention war, die Gemeinden darauf aufmerksam zu machen, wie das Programm des Bundes, der "DigitalPakt Schule", abgerufen werden kann. Wenn wir Geld aus diesem Pakt haben wollen, müssen wir warten, bis die Verwaltungsvereinbarungen unterschrieben sind, erst dann kann man einen Antrag stellen. Das ist den Gemeinden deutlich zu machen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Staatsminister, Ihre Redezeit ist zu Ende. Aber Sie bekommen noch einmal eine Verlängerung aufgrund einer Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Maximilian Deisenhofer vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Und was ist mit der Kofinanzierung?)

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Unterricht und Kultus): Das kommt vielleicht noch. Immer mit der Ruhe!

Maximilian Deisenhofer (GRÜNE): Herr Minister, als Kommunalpartei, wie Sie sich selber bezeichnen, sollten Sie vielleicht schon so kommunizieren, dass es auch die kommunalen Spitzenverbände verstehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Aber nun zu meiner Frage: Ihre Vorgänger Spaenle und Sibler haben dauerhaft dreistellige Millionenbeträge für die Digitalisierung von Schulen versprochen, und zwar Beträge vom Freistaat Bayern. Werden Sie sich an dieses Versprechen halten, und das auch über 2020 hinaus?

(Horst Arnold (SPD): So, dass wir es auch verstehen!)

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Unterricht und Kultus): Wir haben einen Doppelhaushalt. Dort sind 212 Millionen enthalten. Dann werden wir den nächsten Doppelhaushalt aufstellen. Ich werde mich wie auch die Kollegen weiter dafür einsetzen, dass wir die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen können. Ich werde aber nichts versprechen, bevor wir einen Doppelhaushalt aufgestellt haben. Das ist wirklich geboten, aber natürlich werden wir uns dafür einsetzen.

Die Kofinanzierung ist innerhalb des Programms vorgesehen. Wir werden nicht mit einem anderen Programm das Bundesprogramm kofinanzieren, sondern die Kofinanzierung ist im Bundesprogramm festgelegt. 10 % müssen mitfinanziert werden, das werden die Kommunen finanzieren. Sie stellen die Anträge und bekommen dann 90 % aus dem Programm. So ist es vorgesehen, und so hat es auch der Bund konzipiert.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Jetzt gibt es noch eine weitere Zwischenbemerkung vom Herrn Kollegen Matthias Fischbach von der FDP.

Matthias Fischbach (FDP): Sehr geehrter Herr Staatsminister, ich möchte versuchen, Ihnen zu erklären, warum die Kommunen, der Städtetag und die Gemeinden so aufgebracht sind. Ich gebe Ihnen ein Beispiel aus meiner Heimatgemeinde in Oberfranken. Sie hat bei der Regierung von Oberfranken im Oktober nachgefragt, wie es mit diesem Förderprogramm genau aussieht. Die Regierung von Oberfranken hat nach Rücksprache mit dem Kultusministerium geantwortet, dass für die nächsten Jahre von der Landesebene 600 Millionen Euro Fördermittel zur Verfügung stehen, um das Ziel der Digitalisierung von 50.000 Klassenzimmern zu erreichen. Das heißt, die Kommunen

haben damit gerechnet, dass sie diese Mittel in den nächsten Jahren beantragen und ausgeben können. Mit den ersten Förderanträgen haben sie natürlich noch nicht die ganze Summe für die Digitalisierung beantragt. Für die nächsten Monate sind die Kommunen erst einmal aufgeschmissen, bis es Fördermittel vom Bund gibt. Vom Digitalpakt war damals noch keine Rede.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Unterricht und Kultus): Den Digitalpakt hat Frau Wanka, ich glaube, vor drei Jahren angekündigt. Das war weit vor diesem Schreiben, um das noch einmal festzustellen.

Ein zweiter Punkt – ich will es noch einmal wiederholen: Eine Milliarde steht zur Verfügung. Das ist wesentlich mehr Geld als das, was wir für die 50.000 digitalen Klassenzimmer brauchen. Meines Wissens gibt es im Moment keine einzige Gemeinde, deren Antrag negativ verbeschieden wurde und die noch kein Geld bekommen hat. In dem Schreiben wird nur darum gebeten, wegen des Digitalpakts des Bundes eine Weile zu warten, bis die Förderung läuft – nicht mehr und nicht weniger. Keiner einzigen Gemeinde ist gesagt worden, dass sie kein Geld bekommt. Deshalb bitte ich Sie, den Sachverhalt noch einmal genau zu klären.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/1584 – das ist der Antrag der SPD-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD, das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die FDP und die AfD. Gegenstimmen! – Die FREIEN WÄHLER, die CSU und die fraktionslosen Abgeordneten Raimund Swoboda und Markus Plenk. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/1586 – das ist der Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP. Gegenstimmen! – FREIE WÄHLER, CSU und AfD sowie die fraktionslosen Abgeordneten Markus Plenk und Raimund Swoboda. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/1598 – das ist der Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – FREIE WÄHLER, CSU und AfD sowie die fraktionslosen Abgeordneten Raimund Swoboda und Markus Plenk. – Gegenstimmen! – Die SPD und die FDP. Stimmenthaltungen? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.